

Martin Koopmann

## Vertrauen herstellen, Vielfalt moderieren, Verantwortung übernehmen – neue Ziele für das Weimarer Dreieck

**Das Weimarer Dreieck hat mit dem EU-Beitritt Polens seine ursprüngliche Raison d'Être verloren und es anschließend versäumt, sich neue Ziele zu setzen. Gegenwärtig leidet es darüber hinaus unter starken internen Interessen- und Wertekonflikten. Diese müssen dringend überwunden und neue, zeitgemäße Ziele für das Dreieck definiert werden. Nur dann werden Frankreich, Polen und Deutschland künftig gemeinsam eine konstruktive Führungsrolle in der EU und Verantwortung für Europa übernehmen können.**

Es ist wahr, dass die meisten Menschen in Frankreich, Polen und Deutschland noch nie vom Weimarer Dreieck gehört haben. Es ist ebenso wahr, dass diese Feststellung wenig über die politische Relevanz des Dreiecks aussagt. Lebt das Weimarer Dreieck also, oder ist es tot? Es gibt Positivbeispiele im trilateralen Rahmen: Initiativen aus der Zivilgesellschaft, kulturelle Projekte, Hochschulkooperationen (sogar mit trilateralen Studienabschlüssen), Städtepartnerschaften, die Initiative für ein Weimarer Dreieck der Frauen. Sie zeigen das Interesse und den Willen in den Gesellschaften der drei großen Nachbarn in der EU, einander näherzukommen, miteinander zu arbeiten und voneinander zu profitieren. Aber gerade auf der Ebene der Politik, auf der es mit der Erklärung der Außenminister von 1991 ins Leben gerufen wurde, glänzt das Weimarer Dreieck durch Abwesenheit. Trilaterale Treffen und Bemühungen auf diplomatischer Ebene finden zwar statt, ihre Auswirkungen auf die Entwicklung der Europäischen Union (EU) sind jedoch denkbar gering. Das Weimarer Dreieck ist gegenwärtig eine Randnotiz der europäischen Politik. Dies wird sich nur ändern, wenn Paris, Warschau und Berlin die Raison d'Être des

Dreiecks 30 Jahre nach seiner Gründung neu bestimmen und klare Ziele formulieren.

### Das Dreieck neu justieren

Der Blick zurück zeigt, dass das Engagement der Politik in den 1990er Jahren ungleich größer war als heute. Auf den gemeinsamen Auftakt von Roland Dumas, Krzysztof Skubiszewski und Hans-Dietrich Genscher in Weimar folgten jährliche Außenministertreffen. Dabei ging es nicht nur um die gleichwohl primäre Heranführung Polens und der anderen »neuen Demokratien«, wie sie in der Erklärung von 1991 genannt wurden, an die Europäische Gemeinschaft. In Europa sollte eine neue Friedensordnung entstehen, gestützt auf die bereits bestehenden Strukturen wie Europarat, KSZE und NATO und getragen von der Überzeugung, dass nun die Chance bestünde, ein neues Europa auf der Basis von Solidarität und der »ererbten Grundlage gemeinsamer Werte« entstehen zu lassen.

Der Gründung des Weimarer Dreiecks lag zwei Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer das klare Ziel der endgültigen Überwindung der europäischen Teilung zugrunde. Hierin waren sich Paris, Warschau und Bonn weitgehend einig – dieses Ziel war für lange Zeit der Kitt des Weimarer Dreiecks. An den Erfolg der ersten Generation, der sich 1999 im Beitritt Polens zur NATO und 2004 zur EU ausdrückte, konnte das Weimarer Dreieck jedoch bis heute nicht anknüpfen. Es gab und gibt zwar weiterhin Treffen der Außenminister, auch der Staats- und Regierungschefs (zuletzt allerdings 2011), der Europaminister und weiterer Ressorts; doch kann das Dreieck bis heute nicht mit einer nennenswerten Initiative, geschweige denn einem

## 30 Jahre Weimarer Dreieck: Idee von gestern oder Konzept für morgen?

N° 8, 30. Juni 2021

europapolitisch wirksamen Impuls aufwarten. Es ist seit 2004 weitgehend unsichtbar geblieben, sieht man vom gelungenen trilateralen Krisenmanagement in der Ukraine im Februar 2014 ab.

Das starke historische Motiv der Vereinigung Europas hat keinen Nachfolger gefunden. In den großen Handlungsfeldern europäischer Politik, ob mit außen-, innen- oder wirtschaftspolitischen Bezügen, gibt es starke Interessen- und Prioritätenkonflikte, die bislang von den drei Ländern nicht genutzt werden konnten, um Kompromisse im Interesse aller EU-Mitglieder zu schmieden. Zudem ist seit 2015 die Zusammenarbeit durch den heftigen Wertekonflikt über Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zwischen der PiS-geführten polnischen Regierung auf der einen sowie Frankreich und Deutschland auf der anderen Seite stark belastet. Dem Versuch von Präsident Macron während seines Polen-Besuchs im Februar 2020, der Beziehung zu Warschau neues Leben einzuhauchen, war begrenzter Erfolg beschieden. Die EU leistet sich seit Jahren den Verzicht auf gemeinsame politische Führung durch drei zentrale Mitgliedstaaten.

30 Jahre nach der Weimarer Erklärung sollte der Blick nach vorne gerichtet werden: Frankreich, Polen und Deutschland müssen dringend eine gemeinsame Grundvorstellung dessen entwickeln, was das Weimarer Dreieck europapolitisch sein soll und welche Ziele sie gemeinsam über längere Zeit tragen können. Diese dürfen einerseits kein inhaltsloser, fauler Kompromiss und andererseits nicht überambitioniert sein. Vielmehr müssen sie realistisch sein und dort ansetzen, wo das Dreieck heute steht.

### Vertrauen im Dreieck herstellen

Der Vertrauensbonus von 2004 ist über die Jahre erodiert, was zu einem großen Teil, aber nicht nur an den Differenzen mit Polen seit 2015 liegt. Vielmehr gibt es unterschiedliche Vorstellungen davon, was die EU

eigentlich sein, wie sie funktionieren soll und welche Werte ihr zugrunde liegen. Konkrete Konflikte in der Migrationspolitik, der Sozialpolitik, in der Eurokrise, der Außen- und Sicherheitspolitik – vor allem während der Zeit der Trump-Administration – und bei der Rechtsstaatsthematik in Polen haben diese Vertrauenskrise verschärft. Wenn es jedoch gelingt, verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen und in einen konstruktiven Dialog zurückzufinden, wird dies auf die übrigen EU-Mitglieder ausstrahlen. Dabei geht es um zweierlei: Zum einen muss dringend ein besseres gegenseitiges Verständnis gesellschaftlicher, kultureller und wirtschaftlicher Voraussetzungen nationaler Europapolitik der Partnerländer investiert werden. Es geht um vertrauensbildenden Dialog auf verschiedenen Ebenen, der unter anderem zwischen Parlamentariern, Diplomaten, hohen Verwaltungsbeamten unterschiedlichster Ressorts stattfinden und durch regelmäßige Zusammenarbeit von Think Tanks und Forschungsinstitutionen flankiert werden kann.

Zum anderen bedeutet das notwendige Bemühen um wechselseitiges Verständnis jedoch nicht, dass von den politischen Verantwortlichen eines Landes verlangt werden kann, Grundvoraussetzungen ihrer Europa- oder Außenpolitik in Frage zu stellen. Es gibt Grenzen erwartbarer Anpassungsbereitschaft in jedem Land. Nationale Bedrohungsperzeptionen, ob in Frankreich gegenüber internationalem Terrorismus oder in Polen gegenüber Russland, sind für Paris und Warschau nicht verhandelbar. Die Unverletzlichkeit des Rechtsstaatsprinzips ist eine Grundvoraussetzung des europäischen Integrationsprozesses und kann weder für Berlin noch für Paris Verhandlungsgegenstand sein. Die eigene politische Flexibilität erhöhen und die Grenzen politischer Flexibilität beim Partner erkennen und respektieren: Dies sind zwei wesentliche Ansätze zum Aufbau von Vertrauen, das im Dreieck dringend benötigt wird.

## 30 Jahre Weimarer Dreieck: Idee von gestern oder Konzept für morgen?

N° 8, 30. Juni 2021

### Vielfalt in der EU moderieren

Die deutsch-französischen Beziehungen haben seit Beginn der europäischen Integration nie auf der Grundlage von Interessengleichheit funktioniert, sondern auf der Fähigkeit zum Kompromiss. Bilaterale »Stellvertreterkompromisse« lösten früher oft Interessenkonflikte aller Mitgliedstaaten – in der EU der 27 ist das fast unmöglich oder jedenfalls ungleich schwieriger als in der früheren Gemeinschaft von sechs, neun oder zwölf Mitgliedern. Wenn es Paris, Warschau und Berlin gelingt, ein solides Vertrauensverhältnis untereinander herzustellen, könnte das Weimarer Dreieck eine Rolle als Moderator der Vielfalt in der EU übernehmen. Alle drei Länder sind in weiteren regionalen Gruppen oder informellen Interessenallianzen vertreten und verfügen über erhebliche Legitimitätsressourcen. Es wird auch künftig in der EU darum gehen, zwischen Sparern und Solidaritätsvertretern, Transatlantikern und Verfechtern europäischer Souveränität, Anhängern eines liberalen Binnenmarkts und eines starken Sozialstaats, wirtschaftlich starken und wirtschaftlich schwachen Mitgliedern zu vermitteln. Natürlich ist die politische Landschaft komplexer, als es diese einfachen Gegensätze suggerieren. Doch gerade deswegen könnte das Weimarer Dreieck auf der Basis seiner eigenen Interessenvielfalt einen wichtigen Beitrag zu gelungener Vermittlungsarbeit leisten.

### Verantwortung für Europa übernehmen

Jenseits dieser grundsätzlichen Ziele, deren Realisierung schwer messbar sein wird, muss vom Dreieck aber schon heute verlangt werden können, konkret Verantwortung für Europa zu übernehmen. Alle drei Weimarer-Staaten tun dies in verschiedenen Politikbereichen bereits, wie etwa Frankreichs Engagement in Mali, Polens Abkehr von der Kohle und Deutschlands Zustimmung zur europäischen Schuldenaufnahme im Rahmen des EU-Wiederaufbaufonds belegen. Der Anspruch des Dreiecks muss jedoch darüber hinausgehen.

Erstens muss die Glaubwürdigkeit des Einsatzes für Europa dadurch gestärkt werden, dass die nationale Politik konsequent in Einklang gebracht wird mit den rhetorischen Bekenntnissen zur Europäischen Union. Nationale Alleingänge wie jener Deutschlands beim Nord-Stream-2-Projekt müssen der Vergangenheit angehören. Der Beitritt Polens zur Eurozone – immerhin anlässlich des EU-Beitritts vertraglich vereinbart – wäre ein wichtiger Schritt zur Stärkung des Zusammenhalts in der Union.

Das Dreieck muss, zweitens, vor allem gemeinschaftlich Verantwortung übernehmen. Die Entscheidung der polnischen Regierung zum Ausstieg aus der Kohleförderung eröffnet Chancen für einen neuen Energie- und Klimadialog im Dreieck, der die Bemühungen der Europäischen Kommission im Rahmen des Green Deal konstruktiv begleiten könnte. Seit Jahren überfällig ist auch die Entwicklung einer gemeinsamen Nachbarschaftsstrategie der EU durch das Dreieck, die mehr ist als die Addition der Interessen Polens in der östlichen und derjenigen Frankreichs in der südlichen Nachbarschaft. Die Folgen einer verfehlten Nachbarschaftspolitik tragen ganz Europa und die gesamte EU. Keine Staatengruppe in der Union verfügt über eine bessere Ausgangslage zur Gestaltung europäischer Politik in dieser Frage als das Dreieck.

Drittens liegt die Verantwortung zur Belebung des Dreiecks keineswegs nur bei den Mitgliedstaaten. Das regionale Weimarer Dreieck sollte in den kommenden Jahren durch den Ausbau der Kooperationen zwischen französischen Regionen, polnischen Woiwodschaften und deutschen Bundesländern gestärkt werden. Die Idee ist nicht neu: Nordrhein-Westfalen, Hauts-de-France und Schlesien arbeiten bereits seit 20 Jahren in diesem Rahmen zusammen. Brandenburg verfügt über Kooperationserfahrungen mit der Ile-de-France und Masowien. Regionen sind häufig mit ähnlichen Herausforderungen konfrontiert. Vom Erfahrungsaustausch etwa zum Strukturwandel oder der

**30 Jahre Weimarer Dreieck:  
Idee von gestern oder Konzept für morgen?**

**N° 8**, 30. Juni 2021

grenzüberschreitenden Zusammenarbeit profitieren alle Beteiligten. Zudem ist das regionale Dreieck weniger anfällig für ideologische Blockaden als die nationale Ebene.

**Das notwendige Ende der Unverbindlichkeit**

Die formulierten Ziele für das Weimarer Dreieck von morgen werden nur dann Orientierung geben können, wenn der politische Wille vorhanden ist, Kompromiss und Konsens wieder als Grundvoraussetzungen der Stärke und globalen Konkurrenzfähigkeit der EU anzuerkennen. Dazu gehört ebenso, die Grenzen des Weimarer Dreiecks als Akteur vorerst zu akzeptieren und keinen Widerspruch darin zu sehen, starke deutsch-französische Beziehungen in der EU einzufordern. Ein funktionierendes Dreieck kann die Effizienz des deutsch-französischen Motors sogar stärken, solange dieser dort auf Öffnung und Einbindung achtet, wo es nötig ist. Paris, Warschau und Berlin müssen sich aber 30 Jahre nach der Weimarer Erklärung dringend auf zeitgemäße Ziele verständigen, um das Dreieck aus der Sackgasse der Unverbindlichkeit zu führen und sein Potenzial künftig auszuschöpfen.

## Publikationsreihe

### 30 Jahre Weimarer Dreieck: Idee von gestern oder Konzept für morgen?

N° 8, 30. Juni 2021

#### Autor

Martin Koopmann ist Geschäftsführender Vorstand der Stiftung Genshagen.

#### Die Publikationsreihe

Die Reihe »30 Jahre Weimarer Dreieck – Idee von gestern oder Konzept von morgen?« beleuchtet die Entwicklung und gegenwärtige Verfasstheit dieses trilateralen Formats aus verschiedenen Blickwinkeln und formuliert Ideen für seine zukünftige Ausgestaltung. Während im ersten Teil der Reihe das Weimarer Dreieck aus deutscher, französischer und polnischer Perspektive ergründet wird, fokussiert der zweite Teil auf seine Wirkung in den Bereichen internationaler, grenzüberschreitender und kulturell-zivilgesellschaftlicher Zusammenarbeit.

#SGWeimarTriangle30

Diese Publikationsreihe gibt ausschließlich die Meinung der Autorinnen und Autoren wieder. Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten der Stiftung Genshagen sind auch in Auszügen nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

#### Bisherige Publikationen

N° 1: [Jakub Wiśniewski: Back to basics – ein Neustart für das Weimarer Dreieck](#)

N° 2: [Paul Maurice: Das Weimarer Dreieck – ein geopolitisches Zukunftsmodell aus französischer Perspektive](#)

N° 3: [Kai-Olaf Lang und Ronja Kempin: Das Weimarer Dreieck aus deutscher Sicht: Neuer Schwung, aber keine Überforderung](#)

N° 4: [Ryszarda Formuszewicz: Der diskrete Charme der Dissonanz: Das Weimarer Dreieck aus polnischer Sicht](#)

N° 5: [Adam Balcer: Großes Potenzial, geringe Erfolge – das Weimarer Dreieck in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU](#)

N° 6: [Peter Ulrich, Birte Wassenberg: Der Eurodistrikt Strasbourg-Kehl/Ortenau: Modell für ein »lokales« Weimarer Dreieck?](#)

N° 7: [Jean-Yves Potel: Drei Wege zur Förderung der gesellschaftlichen und kulturellen Bedeutung des Weimarer Dreiecks](#)

#### Herausgeber

Stiftung Genshagen  
Am Schloss 1  
D-14974 Genshagen  
[www.stiftung-genshagen.de](http://www.stiftung-genshagen.de)  
[institut@stiftung-genshagen.de](mailto:institut@stiftung-genshagen.de)

© Stiftung Genshagen, 2021

#### Stiftung Genshagen

Die Stiftung Genshagen ist eine gemeinnützige Stiftung bürgerlichen Rechts. Stifter sind die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und das Land Brandenburg. Die Stiftung ist eine Plattform des Austauschs zwischen Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Zivilgesellschaft. Sie fördert den Dialog zwischen Deutschland, Frankreich und Polen im Sinne des »Weimarer Dreiecks«. Wichtigster Drittmittelgeber ist das Auswärtige Amt.

Möchten Sie die Arbeit der Stiftung Genshagen unterstützen? Dann werden Sie Mitglied des Fördervereins Stiftung Genshagen e.V. oder spenden Sie für eines unserer Projekte.

Kontakt: [foerderverein@stiftung-genshagen.de](mailto:foerderverein@stiftung-genshagen.de)

Unsere Stifter:



Die Beauftragte der Bundesregierung  
für Kultur und Medien



Auswärtiges Amt

Die vorliegende Publikationsreihe erscheint mit freundlicher Unterstützung von: